

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Postträger 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat. Durch die Post 6,10 M. für den Monat. Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag o.G.m.b.H.“ Breslau. Verlags- und Anstalts-Adress: Ring Nr. 6987.

Freitag, 14. Oktober 1921

Anzeigensätze: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M., Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M., K. K. A. M.: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 8.— M.

Der oberschlesische Brandherd.

Die bloße Tatsache, daß England und Frankreich, um nicht über Oberschlesien zum Bruch zu geraten, die Entscheidung dem Völkerbund überwiesen haben, beweist, daß hier ein Brandherd erster Ordnung liegt. In Erwartung auf die Entscheidung über Oberschlesien sind über halb Europa Minen geladen. In Oberschlesien selbst sind die deutschen Orgeschgesellschaften schlagbereit, die demokratische preussische Innenminister Dominicus auf dem Papier aufgelöst und in Wirklichkeit väterlich behütet hat. In Bayern, in Tirol, in Westungarn stehen die Orgeschmannen bereit. Oberst Baner sitzt in Partienkirchen, Ehrhardt in Innsbruck und harren der Dinge, die da kommen sollen.

Es ist klar, daß, wenn die Entscheidung über Oberschlesien einen akuten Konflikt zwischen England und Frankreich hervorrufen wird, die Stunde Ludendorffs gekommen sein wird.

Von der andern Seite sperren die Stresemann und Stinnes den Rücken auf, um das zitternde Kabinett Wirth zu verschlingen. Die Stinnespresse macht Miene, aus dem diplomatischen Spiel des Wirth-Kabinetts mit feinem Rücktritt — ein Spiel, das nur für den Auslands-Lonsum berechnet ist — Ernst zu machen, zum mindesten Wirth und Rathenau über Bord zu spülen. Die von Stinnes inspirierte Telegrammen-Union fabriziert zu diesem Behuf eine Berliner Meldung über den Kabinettsrat vom 11. Oktober, in der es heißt:

„In unterrichteten Kreisen verlautet, daß das Kabinett Wirth vor schwersten Entscheidungen steht. Es handelt sich um eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Gesamtpolitik, die bei unbefriedigender Lösung den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben würde, um so mehr, als seit langem bekannt ist, daß schwere Verstimmungen zwischen Wirth-Rosen bzw. Rosen-Rathenau bestehen, da sowohl der Reichskanzler als auch der Wiederaufbauminister wiederholt Eingriffe in die Rechte des Ressorts des Außenministers vorgenommen haben.“

Wirth und Rathenau sind also von Stinnes gezeichnet und sollen wie Oberschlesien erledigt oder zum mindesten fiktiv gemacht werden. Gleichzeitig läßt dieselbe Quelle im In- und Ausland melden:

Das Wiesbadener Abkommen und die Kredithilfe der Industriellen fallen ins Wasser, wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht „günstig“ im Sinne Wirths ausfällt. Und schon marschieren die Mehrheitssozialisten auf, um Wirth gegen Flanken- und Rückenangriffe zu decken.

Eine internationale Arbeiteranleihe für Sowjetrußland.

Moskau, 10. Oktober.

Der Gewerkschaftler Sosowski tritt in der Moskauer „Pravda“ dafür ein, eine internationale Arbeiteranleihe zum Wiederaufbau bestimmter Industriezweige Rußlands zu bewerkstelligen. Die Anleihe soll von der Sowjetregierung durch den Wert der verstaatlichten Fabriken Rußlands garantiert werden. Die Arbeiterorganisationen, die ihre Kapitalien bestimmten Unternehmungen zur Verfügung stellen, können durch ihre Vertreter an der Verwaltung der Betriebe teilnehmen. Die Gläubiger sollen 6 bis 8 Prozent Zinsen auf ihr Kapital erhalten und diese Zinsen sollen in die Streiffonds der ausländischen Arbeiterorganisationen eingezahlt werden.

Die Putschpläne der Wiener Monarchisten.

Wien, 12. Oktober.

Die „Arbeiter-Zeitung“ begann in ihrer gestrigen Nummer mit Enthüllungen über die Organisation der Putschisten, deren Führung in Wien mit den Kreisen des ehemaligen Ministerpräsidenten Hussarek, des Hofrats Wiesner und des Direktors der Kanzlei des Erzherzogs, Schager, in Verbindung steht. Sie schreibt dazu:

„Es liegt nicht in unserer Macht, die Monarchisten am Loszschlagen zu hindern, aber es liegt in unserer Macht, sie mit blutigen Schädeln heimzuschicken. Die Bartholomäusnacht, die sie den Republikanern zugebracht haben, wird zu einer Bartholomäusnacht der Monarchisten werden.“

Die „Montagszeitung“, das Organ Schagers, veröffentlicht Mitteilungen über Putschabsichten des Organisationsrats der Tiroler Heimwehren. Dr. Steidle, der zusammen mit den bayerischen Selbstschutzhauptmann Rahr, Ranzler und Jahnbrecher im Oktober die selbständige Republik Tirol auszurufen wollte, die bei günstiger Gelegenheit an Bayern angeschlossen werden soll. Die vereinigten Gebiete sollen dann zu einem Königreich unter der Führung der Wittelsbacher ausgerufen werden. Gleichzeitig werde in Salzburg ein Schlag vorbereitet, der dieses Land von Österreich losreißen sollte. Diese Aktion soll

Für die Arbeiterklasse ist in diesem Augenblick höchste Wachsamkeit und Bereitschaft geboten. Ludendorff und die Seinen stehen auf dem Sprung und die um Stinnes setzen von der Flanke zum Sprung an. Die Ludendorffer harren der günstigen Stunde für einen Generalschlag, die Stinnesleute wollen die Gelegenheit benutzen, um sich vollends freie Bahn zu schaffen in den Fragen der Steuern und der Anebelung der Arbeiterschaft.

Aber es kann sich natürlich für die Arbeiterschaft nicht darum handeln, nun Wirth und Rathenau Basallenstreue zu schwören, wie das die SPD. tut, sondern allein darum, den Ludendorff und den Stinnes, wenn sie einen Sprung wagen, die geschlossene Arbeiterfront entgegenzustellen und sich die erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Sicherungen zu erkämpfen.

Die Lösung der oberschlesischen Frage, wie sie die Arbeiterklasse sich erkämpfen muß, hat weder mit der Lösung der deutschen, noch der polnischen Bourgeoisie, noch auch mit einem etwaigen Kompromiß des Völkerbunds etwas zu tun. Die Ueberlassung Oberschlesiens an die deutsche bürgerliche Republik bedeutet die Fortdauer der Vergewaltigung des polnischen Proletariats Oberschlesiens, die Ueberlassung an das Polen Pilsudskis setzt die deutsche Bevölkerung der nationalen Vergewaltigung aus, die Teilung zerreißt den wirtschaftlichen Zusammenhang, ein Kompromiß, das Oberschlesien unter Völkerbundverwaltung stellen würde, würde den Brandherd weiter glimmen lassen und würde die Ballanisierung Europas verstärken.

Die wirkliche Lösung, die die nationalen Bedürfnisse der oberschlesischen Bevölkerung befriedigt und zugleich die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Gebietes aufrecht erhält, kann nur das Werk des Proletariats sein, ist nur möglich im Rahmen der eng verbündeten und wirtschaftlich gemeinsam arbeitenden deutschen und polnischen Kate-republik.

Kommt es zur akuten Krise über Oberschlesien, so wird der Abwehrkampf der Arbeiterklasse diese ihre Lösung der oberschlesischen Frage auf die Tagesordnung setzen.

Eben darum aber, weil der oberschlesische Brandherd in ganz Europa die Minen der Kontinentalrevolution und der Revolution springen lassen kann, ist es mehr als wahrscheinlich, daß England und Frankreich — der Völkerbund ist nur ihre Puppe — abermals versuchen werden, dem Konflikt auf irgendeine Art die Spitze abzubrechen. Ob es ihnen gelingt, steht dahin. Darum heißt es für die Arbeiterklasse: bereit sein!

die bei Freilassung untergebrachte Ehrhard-Brigade durchzuführen.

Die Schwindellkonferenz in Venedig, die über die west-ungarische Frage „entscheiden“ soll, wird mittlertweile abgehalten. Der Bundeskanzler Schober und der ungarische Minister Banffy sind dorthin abgereist. Unterdessen mobilisieren die Ungarn weiter. Täglich gehen neue Hundertschaften an die Front ab, die Brückentwache über die Leiter der Wiener Neustadt wurde von ungarischen Banden überfallen.

Der Streit in Nordfrankreich geht weiter.

Im nordfranzösischen Textilarbeiterstreit hat die vom Ministerium veranstaltete Besprechung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern zu keinem Ergebnis geführt. Die Unternehmer erklären auf der Lohnreduktion von 10 Centimes pro Stunde bestehen zu müssen. Früher hatten sie eine solche von 20 Centimes verlangt. Die Delegierten der Arbeiter erklärten, einen Lohnabbau keineswegs hinnehmen zu wollen. Damit waren die Verhandlungen gescheitert und die Delegierten begaben sich nach Tourcoing und Roubaix, um den streikenden Arbeitern über die Situation Bericht zu erstatten. Die „Humanite“ erzählt aus Tourcoing, daß die von der Konferenz mit den Unternehmern heimgeführten Delegierten in einer vor 10 000 Streikenden besuchten Versammlung über die ergebnislos verlaufenen Verhandlungen Bericht erstatteten. Die Streikenden beschlossen, den Streit weiterzuführen und stehen wie am ersten Tage unerschütterlich zu ihren Forderungen. Die öffentliche Meinung, insbesondere auch die Pariser bürgerliche Presse, ist auf Seite der Streikenden, und weist auf das schöne Beispiel der Solidarität hin, das die Pariser Arbeiter durch die Aufnahme der Kinder der Streikenden geben. Die Unterbringung dieser Kinder bei den Arbeiterfamilien in Paris geht gut vonstatten.

Die Kämpfe des italienischen Proletariats.

Aus Turin wird gemeldet: In Genua und mehreren anderen Städten Liguriens sind die Metallarbeiter in den Abwehrkampf gegen die Unternehmer-Offensiv des getreten. Der Streik in Triest ist vorläufig beendet. Die Unternehmer mühten die Ausperrungen rückgängig machen und haben neue Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften eingeleitet.

Kartoffelwucher und Kartoffelchiebungen.

In einer Besprechung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Hoffmann, wurde aus landwirtschaftlichen und Handelskreisen über die diesjährige Kartoffelernte aus den einzelnen Teilen des Reiches Bericht erstattet. Verglichen mit den letzten drei Jahren ergibt die diesjährige Kartoffelernte etwa 80 Prozent des Durchschnitts dieser Jahre. Die Ernte ist jedoch noch nicht abgeschlossen, man erwartet, daß das Endergebnis sich noch günstiger gestalten wird. Veranlassung zur Besorgnis gibt die Ernte nicht, da auch zu beachten ist, daß nach Öffnung der Grenzen die Kartoffel im Leben der Bevölkerung nicht die gleiche Rolle spielt wie während der Kriegszeit und der Bedarf bereits erheblich zurückgegangen ist.

Beunruhigt kann sich der Prolet nach diesen Feststellungen schlafen legen. Der „Bedarf“ ist erheblich zurückgegangen. Auf den Kern dieses Rückganges kommen wir, wenn wir die tausende Arbeiter und ihre Frauen und Kinder betrachten, die mit hungrigen Mägen beim Kartoffelhändler vorbeiziehen. Wir nehmen nicht an, daß sie die von Karl Gerol befungene „willkommene Hausmannskost“ von der er sagt: „Froh begrüßt dich groß und klein, dampfender Kartoffelkopf!“ verabscheuen. Vielmehr liegt der Grund in den sehr hohen Kartoffelpreisen. 70, 80 und 90 Pfennig Marktpreis für 1 Pfund Kartoffel ist entsprechend den heutigen Löhnen für eine Arbeiterfamilie (besonders bei mehrköpfiger) einfach unerschwinglich. Es wird uns öfters mal von der Junferpresse mit ernflicher Miene Uebel genommen, wenn wir vom Kartoffelwucher sprechen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt sogar, daß die Landwirtschaft, worunter sie hauptsächlich die Großgrundbesitzer versteht, das „Erdenklichsche“ tun, um billige Kartoffeln zu liefern. „Nur“ 45—50 Mark beträgt der Erzeugerpreis. Sehen wir einmal zu, wie das „Erdenklichsche“ in Wirklichkeit aussieht.

Vor dem Kriege, im Jahre 1913 war der Erzeugerpreis für die Tonne Kartoffeln 44 M., heute kostet der 20. Teil dessen, 1 Zentner, diesen Preis. Die Produktionskosten beim Großgrundbesitz sind jedoch nur um das zwölfwache gestiegen. Der „mäßige“ Kartoffelpreis wirkt also immer noch gegenüber der Vorkriegszeit prozentual höheren Profit ab.

Anderes beim Kleinbauern, dessen Ausgaben steigen, aber dessen Einnahmen aus der geringen Menge an Produkten für den Verkauf nicht Schritt halten.

Bezeichnend ist, daß gerade von Kleinbauern immer und immer wieder Stimmen laut werden, die sich gegen die hohen Kartoffelpreise wenden. So konnte z. B. die „Schwäbische Tagwacht“ einen Bericht eines Kleinbauern veröffentlichen, in dem es u. a. heißt:

„Nicht einzusehen ist, warum der Ertrag eines Kartoffelackers in einem Jahre den vierfachen Wert des Ankaufspreises übersteigen soll, nachdem sich der Acker jedes Jahr seit drei Jahren mehrfach bezahlt.“

Auch der „Schleswig-Holsteinische Bauernverein“ spricht in einer Resolution aus:

„Wir beurteilen aufs schärfste den Wucher mit lebensnotwendigen Erzeugnissen der Landwirtschaft. Die bevorstehende Kartoffelernte gibt Veranlassung, an die Mitglieber das Ersuchen zu richten, zunächst die Einwohner des Kreises zu mäßigen Preisen mit Kartoffeln zu beliefern.“

Aus Braunschweig wird berichtet, daß in einer Sitzung der Vertreter der Kleinbauern und Pächter, der Gewerkschaften, der Stadt und des Landbundes, beschlossen wurde:

„Die kartoffelbauenden Landwirte liefern der Stadt Braunschweig für jeden mit Kartoffeln bebauten Morgen 4 Zentner Kartoffeln zum Preise von 25 M., ferner an die Landbevölkerung einen Zentner zum gleichen Preise. Die Beschaffungs- sowie die Verteilungskommission soll in den nächsten Tagen zusammentreten. Auch sollen die Landwirte und Gemeindevorsteher der übrigen Kreise interessiert werden, ein Gleiches zu tun.“

Kleinbauern und Kleinpächter, denen die Großgrundbesitzer unerschämte hohe Bodenpreise und Pachzinsen abnehmen, die höhere Erzeugerpreise haben als die Großgrundbesitzer, setzen sich energisch ein für Verbilligung des Kartoffels. Sie erklären sich bereit, von ihrem geringen Kartoffelüberschuß den Zentner für 25 M. abzugeben. Wie hoch stellen sich dann immer noch die Profite der Großagrarien bei einem Kartoffelpreis von 45—50 M. pro Zentner?

Wenn in Braunschweig auch der Landbund aufruft zur billigen Abgabe der Kartoffeln und sich bei einer Besprechung im braunschweigischen Staatsministerium bereit erklärte zur Lieferung von billigen Kartoffeln (bei der Besprechung wurden 30 M. für den Zentner als angemessen bezeichnet) aufzurufen, so dürfte das ein weiterer Beweis gegen die Wucherpreise von 45 und mehr Mark sein. Allerdings werden diese Aufrufe von den völkischen Großagrarien zum größten Teil sabotiert. In Bahndorf (Braunschweig) erklärte z. B. der größte Landwirt des Dorfes, nur dann Kartoffeln zu liefern, wenn er den Markpreis (dieser beträgt 60 Mark) erhalte. Dieser

Bucherer ist Mitglied der Deutschen Volkspartei. Eine noble Gesellschaft zur Koalition für die Sozialdemokraten.

Wenn in der eingangs erwähnten Besprechung im Reichsernährungsministerium gesagt wird, daß kein Grund zur Besorgnis vorhanden sei unter Hinweis auf die Doffnung der Grenzen, so müssen wir feststellen, daß die Grenzen so weit offen sind, daß deutsche Kartoffeln ins Ausland wandern, während deutsche Städte, wie Düsseldorf, keine Kartoffeln erhalten. Die „Düsseldorfer Neuzeit“ weist auf Kartoffelverschleibungen folgendermaßen hin:

Von anderer Seite werden wir auf die Zustände auf dem Denderborfer Bahnhof aufmerksam gemacht, der allen Verkehrsmitteln, die den Kartoffeltransport wegen der Bagatelstellung große Schwierigkeiten habe, hohn spricht. Dort laufen täglich viele Waggon Kartoffeln ein, die nach Düsseldorf geleitet, von hier aus in der Richtung Frankfurt oder Trier weiterverfrachtet werden.

Wie umfangreich diese Kartoffelverschleibungen sind, geht aus verschiedenen Meldungen aus der Schweiz hervor, die besagen, daß die Schweiz an Kartoffeln bald erstickt, und die Lager unerschöpfliche Waren (!) enthalten. Diese in der Schweiz aufgeschleppten Kartoffeln stammen nach denselben Meldungen aus Deutschland. Ganze Güterzüge mit Kartoffeln gehen über die Grenze. Der „Vorwärts“ vom 1. Oktober schreibt:

Nach Meldungen, die wir von unterrichteter Seite erhalten, ist in einem anderen Fall ein Export von erheblichen Mengen von Südkartoffeln aus Deutschland über das Saargebiet nach Frankreich erfolgt. Dieser unerlaubte Kartoffelexport ist, wie in eingeweihten Kreisen längst bekannt ist, zum Teil bereits erfolgt, zum Teil noch jetzt im Gange. Erhebliche Mengen unseres wichtigsten Nahrungsmittels werden durch das Treiben gewissenloser Spekulanten dem deutschen Volke entzogen und zu hohem Gewinn über das Saargebiet nach Frankreich verschoben. Aufgabe der Behörden wird es sein, dieser ungeheuerlichen Schädigung der Volksernährung ein Ende zu machen und den Schuldigen ihr schändliches Handwerk zu legen.

Die Kartoffelstahler bezahlen den Großagrariern Preise von 60, 70 ja sogar, wie aus Thüringen berichtet wird, 100-110 Mark pro Zentner. Sie machen dabei auf Grund der schlechten Valuta immer noch Riesengewinne. Wir entnehmen dem „Vorwärts“:

„Der deutsche Fruchtmarkt“, das Organ der Obst- und Gemüsehändler, macht in seiner letzten Nummer von Kartoffelangeboten deutscher Lieferanten an Frankreich Mitteilung. Deutsche Kartoffelindustriellen haben danach französischen Firmen deutsche Kartoffeln bei Oktoberlieferung zu 40 französischen Franken für je 100 Kilo franko bis Bahnhof Mentour-Vieux (Paris) unterstellt angeboten. Die Lieferungen wären wahrscheinlich auch zustande gekommen, wenn nicht zu gleicher Zeit aus dem Elsaß wesentlich billigere Kartoffelangebote als aus Deutschland eingetroffen wären, denen man natürlich in Frankreich den Vorzug gab.“

Die Gewinne der Kartoffellieferanten lassen sich daran erkennen, daß 100 französische Franken am 3. Oktober 1921 zu 89,50 deutsche Mark in Kurs standen. Bei obigem Fall wäre für ein Zentner Kartoffeln der hübsche Preis von 179,70 Mark berechnet.

Bei solchen Preisen wird allerdings der Bedarf der Bevölkerung noch weit erheblich zurückgehen, so daß zu keinen „Besorgnissen“ darüber, die Kartoffeln könnten nicht ausreichen, Veranlassung vorliegt.

Die gesamte Arbeiterschaft muß in einigen Handeln diese Zustände, die ihr selbst die bürgerliche Kartoffelernährung entstehen, beiseite schieben. Es genügt nicht, die Behörden darauf hinzuweisen, dieser ungeheuerlichen Schädigung der Volksernährung ein Ende zu machen, nein, das arbeitende Volk muß diesem Treiben selbst ein Ende machen. Die Eisenbahner haben die Pflicht, sämtliche Lebensmitteltransporte, die nicht durch ihren Verband freigegeben, und besondere Genehmigung zum Transport haben, anzukassen.

Das arbeitende Volk muß sich ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht sowohl bei der Preisgestaltung wie bei der Verteilung sämtlicher Erzeugnisse erringen. Aus den örtlichen Arbeiterorganisationen sind Ausschüsse zu wählen zur Ausübung dieser Mitbestimmung und Kontrolle. Arbeiter! Arbeiterinnen! Zwingt eure Organisationen, daß sie in dieser für die Interessen des Proletariats einzig möglichen Richtung mit aller Energie arbeiten.

Die Münchener Mörderzentrale enthüllt?

Die „Münchener Post“ setzt ihre Enthüllungen über die gegenrevolutionäre Verschwörung in Bayern fort. Sie veröffentlicht über die Organisation, durch die die Großindustrie die Verbindung mit den Weisgardisten hergestellt hat, folgende Tatsachen:

Die Dörschels-Gesellschaft wurde feierlich gegründet, angeblich zu dem Zweck, mit den Dörschels, namentlich mit Ungarn, Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Der tatsächliche Zweck ist lediglich die politische Zusammenarbeit mit Ungarn. An der G. m. b. H. hat beteiligt der bekannte Kommerzienrat Jens und der Konsul Ried. Die Leitung ist im Münchener Ring-Gebäude, dem bisherigen Sitz der Gewerkschaftszentrale. Der erste Direktor ist der Ministerialrat der Bundesregierung der Gewerkschaften, der zweite Direktor ein Major, der früher längere Zeit in Ungarn tätig war. Eine Filialdirektion der Dörschels-Gesellschaft befindet sich in Budapest.

Wir erlauben uns die Anfrage, ob es richtig ist, daß Leutnant Schmitt, der als Leiter des politischen Bureaus im Reichsernährungsministerium fungiert, als Leiter der Münchener Mörderzentrale fungiert. Die Regierung hat sich öffentlich zur Weisung der Reichsregierung geäußert. Was tut die Regierung des „neuen Reiches“, die Regierung Reichens?

Koch haben wir nichts gehört davon, daß sie gegen die Organisation der Mörder Garis und Erbhagens einschreitet. Was aber wird berichtet, daß sie die „Münchener Mörderzentrale“, das Organ der U.S.P.D. in München, verboten habe wegen seiner Angriffe auf die bayerische Justiz. Der „neue Kurs“ hat die Staatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaft, die Mörderzentrale.

Wo bleibt die Hilfsaktion der Genossenschaften für Sowjetrußland?

Am 25. August wurde auf dem Internationalen Genossenschaftstag für die genossenschaftliche Russen-Hilfsaktion eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Der 10. Internationale Genossenschaftskongress im August 1921 in Basel, erschüttert von dem Unglück des russischen Volkes, das 25 Millionen Menschen mit Hungernot und Not bedroht, spricht demselben, insbesondere aber den russischen Genossenschaften, seine herzlichste Sympathie aus. Der Kongress erwartet von den dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossenen Zentralorganisationen die nachdrücklichste Unterstützung der zur Milderung der Leiden des hungernden Rußland bereits eingerichteten allgemeinen Hilfsaktion, und ermahnt die genossenschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder, einen Appell an die genossenschaftliche Solidarität zu richten.“

Der Vorstand des Hamburger „Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine“ hat die Erklärung abgegeben: „Es ist selbstverständlich, daß die Konsumgenossenschaften tun werden, was in ihren Kräften steht.“ — Schon gingen die ersten Spenden ein von den Konsumvereinen: Jena 7500 Mark, Königsberg 10 000 Mark, Barmen 5000 Mark. Der Konsumverein Hanau Lebensmittel für einige tausend Mark, die Schneberggenossenschaft in Hamburg mehrere Mäntel und Kleidungsstücke.

Es ist eine Schande, daß bereits einige Konsumvereine die Solidarität abgelehnt haben. So Berlin die von den kommunistischen Genossenschaften beantragten 20 000 Mark, Stuttgart die beantragten 15 000 Mark, Leipzig 3000 Mark (weil ungeschicklich!). Wo bleibt der Zentralverband, die G.G., die Verlagsgesellschaft, wo die anderen 1300 Konsumvereine?

Genossen, sorgt dafür, daß überall durchwegs der Beschluß des Baseler Genossenschaftstages durchgeführt wird. Auf schnelle Hilfe kommt es vor allem an.

Sinnvoller der Eisenbahn.

Die Stinnespresse propagiert mit großer Zähigkeit die Forderung, die Reichseisenbahnen in Privatbetriebe umzuwandeln. Der „Tag“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ drucken gegenseitig ihre Artikel nach, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob ein größerer Teil der Presse für die Sinnvoller der Eisenbahnen zu haben sei. Der frühere Eisenbahnminister v. Breitenbach wiederholt im „Tag“ seinen Versuch, nachzuweisen, daß der Privatbetrieb rentabler arbeiten würde als der Reichsbetrieb. Sein Hauptbeweisstück ist das, daß im Privatbetrieb der Achtstundentag und das Koalitionsrecht für die Arbeiter schwinden müßten. Breitenbach erklärt wörtlich:

„Es ist ein Unbding, den Achtstundentag schrittweise auf den Dienst der Eisenbahnen zu übertragen, während bei diesen hunderttausendjährig Arbeit geleistet wird, die zum großen Teil nur Arbeitsbereitschaft ist. — es ist ein Unbding, die Akkorarbeit radikal zu beseitigen, hierdurch für Tätigkeiten, die deren nicht entzogen können, die Selbstkontrolle gleichmäßiger, eifriger Arbeit zu beseitigen und dem fleißigen, geschickten Arbeiter den Stempel des unfließigen, ungeschickten aufzudrücken. Geradezu vernichtend mußte es wirken, als mit diesen schweren, plötzlichen Ein-

Was geht in Oberschlesien vor?

Von gutinformierter Stelle wird uns mitgeteilt:

Die internationale Gegenrevolution ist augenblicklich wieder außerordentlich lebendig. Nationalistische ungarische Bänder haben sich ihr Heim in Szeged angeschlossen. Bei der Heimkehr „zu Litz“ ist alles in Bewegung, so daß die bürgerlichen Zeitungen schon Alarm schlagen. Und jetzt hören wir:

„Oberschlesische Selbstschutz steht in Alarmbereitschaft. Die deutsche Orgelei beabsichtigt wieder einmal, in den Krieg zu ziehen. Sie stellt ihre Bataillone bereit. Die Entscheidung in Szeged soll auch für sie die Entscheidung geben.“

Zu diesem Zusammenhang erscheinen einige Nachrichten interessant, die uns in letzter Zeit zugegangen sind. In Krieg, dem bekannten Sammelplatz der ober-schlesischen Orgeleier, hat vor zwei Wochen ein großer Brand im Lager gewütet. Die Flammen wurden durch große Mengen Munition und Munitionsgütergenstände genährt, so daß man wegen der darüber hinausgehenden Explosion an ein wirkliches Völkchen nicht denken konnte. Daran anschließend haben Verhaftungen stattgefunden, denen, da man nichts weiteres hörte, die Freilassungen wohl auf dem Fuße gefolgt sind. Mitte September fand per Eisenbahn auf dem Brügger Lager (laut Angaben zuverlässiger Gewährsleute) vollständige Ausrückungen für 2000 bis 3000 Mann, Waffen aller Art, auch Maschinengewehre, Munition und eine große Anzahl Fahrräder (einige Tausend) angeschlossen.

Diese Waffen kommen aus aller Welt, besonders immer von den Stellen, denen die im Lande gesammelten und beschlagnahmten Waffen zur Vernichtung übergeben wurden. Reichens kommen sie aus dem Bereich der Reichstrennungsgesellschaft.

Darüber teilt uns ein Genosse mit:

„Die Firma Robert Schmidt, Silberh. Berlin, vernichtet die ihr vom Reich zur Zerstörung übergebenen Waffen nicht, sondern Japanerriegehölzer z. B. werden sorgfältig auf Schiffe geladet, in Läden verpackt und in einem besonderen Schuppen untergebracht. Diese Läden werden dann als „Waren“ deklariert und über Dresden nach — Krieg (Oberschlesien) verschoben. Als der Betriebsrat Krach (Oberschlesien) vertrieben ist, hat der Minister des Innern, der von „Kriegslandgefühle“, das jeder Arbeiter anbringen müßte“, sprach und unsere Genossen „Kriegslandgefühle“ kühnste. Dieser Vertreter des Ministeriums des Innern, sondern, wie sich später herausstellte, ein gewisser Herr Pohl aus Siegen, der weder vom Ministerium des Innern, noch von sonst einer Behörde gekannt war, sondern offenbar auf irgend eine andere Weise von der Sache „Wiss bekommen“ hat. Die nähere Untersuchung nach die Regierung wird natürlich, wie gewöhnlich, erfolgen.“

Wie der ober-schlesische Selbstschutz arbeitet, sieht man aus folgendem Brief:

Kadan, den 16. August 1921. Der Selbstschutz besteht aus freiwilligen Verbänden. Die ehemalige Offiziere geworben haben. Unser Bataillon

griffen in den Wirtschaftsmechanismus die unbeschränkte Koalitionsfreiheit mit ihren Auswirkungen auf dem Gebiet des Streikrechts Einzug hielt, der gewerkschaftliche Zusammenschluß aller Arbeiter, Beamten umfaßte, die politische Erörterung der gesamten persönlichen Apparat durchdrang.

Daher muß eine völlige und baldige Umänderung des Systems erstrebt und durchgeführt werden. Die Prüfung der Frage: Staats- oder Privatbahnen? steht hierbei im Vordergrund.

Die Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbetrieb hat also für die Stinnesleute nicht nur den Zweck, Stinnes größere Einnahmen zu verschaffen, sondern auch den Achtstundentag und das Koalitionsrecht in einem der größten Wirtschaftsbetriebe, der Eisenbahn, zu durchbrechen und damit der gesamten Arbeiterschaft die beiden letzten Auswirkungen der Novemberrevolution zu rauben.

Die deutschen Nulllöhne.

Die Berliner „Börsezeitung“ vom 4. Oktober läßt sich aus New York berichten, daß die Löhne der Metallarbeiter des Stahlwerks für die Stunde des Achtstundentages im August 1921 3 Dollar betragen haben, nachdem sie 1915 sich auf 2 Dollar beliefen, um bis zum Februar 1920 ihren Höchststand mit 5,06 Dollar die Stunde zu erreichen. Diese 3 Dollar, die also schon eine Lohnermäßigung um fast zwei Fünftel gegenüber dem Höchststand der Löhne bedeuten, sind bei dem gegenwärtigen Wechselkurs 300 deutsche Papiermark wert. Wo bleibt da die Konturrenzfähigkeit? fragt der New Yorker Mitarbeiter der „Börsezeitung“ entsetzt.

In der Tat! Mit den deutschen Löhnen können selbst die durch die Unternehmerbrutalität der amerikanischen Trustherren herabgedrückten Löhne der amerikanischen Arbeiter nicht konkurrieren. Im Vergleich zu dem 300 Mark Stundenlohn der amerikanischen Metallarbeiter erhalten z. B. die Berliner Metallarbeiter nach dem Tarif jetzt 6 Mark in der Stunde; die tatsächlichen Akkorbundenlöhne schwanken zwischen 8-10 Mark stündlich. Sie betragen also ein Dreifünftel der amerikanischen Löhne.

Gradnauer für die Schutzpolizei.

Bei den Debatten im Reichstage über die Verordnung des Reichspräsidenten erhielt der Innenminister Gradnauer ein Lob von den bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse, weil er viel versöhnlicher gegenüber den Deutschnationalen gesprochen habe als selbst der Reichstanzler Wirth. Gradnauer sucht sich dieses Lob von neuem zu verdienen, indem er in einem Gespräch mit einem französischen General von der Entente eine starke Polizei fordert. Nach Gradnauer sei eine Zentralisierung der Schutzpolizei unmöglich, da die Schutzpolizei die einzige Waffe gegenüber Aufwühlbewegungen sei. Der Aufstand in Mitteldeutschland hätte ohne Schupo nicht unterdrückt werden können. Ähnlich wie irgendem Deutschnationaler beteuert Gradnauer in diesem Interview um die Zustimmung Frankreichs und der Entente für Aufrechterhaltung der Schupo, die bekanntlich militärisch organisiert ist, über schwere Geschütze verfügt, Mandare abhält usw. Gerade die Tatsache, daß die Schupo zur Unterdrückung von Streiks gegen die Arbeiterschaft verwendet werden soll, veranlaßt uns, die Entmilitarisierung und die Auflösung der Schupo zu fordern.

Im Juli bekamen wir einen neuen Hauptmann, der heißt von Reich, so heißt das Bataillon jetzt Bataillon von Reich. Unser Bataillon besteht aus 4 Maj.-Komp., 1 M.-G.-K., 850 Mann stark war das Bataillon. Jede Kompagnie zwei Züge, je nach Stärke der Kompagnie. Ich war 1. Komp., 1. Zug, 3. Gruppe. Bei jedem Zug war ein schweres und leichtes M.-G. Die M.-G.-K. hatte 12 schwere M.-G.

Wie Du ja auch wissen wirst, sind wir vor der West aufgelöst, in Wirklichkeit aber auf ein Kommando binnen 48 Stunden beisammen. Waffen alles gut aufgehoben.

L. S., aber wenn es jetzt noch einmal gegen die Polen geht, dann reißt es anders mit Granaten, da bekommt unser Bataillon eine Begleit-Batterie 75-Geschütze. M.-G.-Komp. wird beritten, denn Du mußt denken, es sind alles gediente Leute und diejenigen, die noch nicht ausgebildet sind, sind gedrillt worden beim Exerzieren. Als wir in Bawerwitz mit unserer Bataillonsmusik einrückten alles mit Gewehr über; Anrüstung hatten wir bekommen, alles feldgrau, Anrüstungsstücke oder Gamaschen, feldgraue Einheitsmützen usw. Heute muß ich wieder die Patrouille mitmachen, 4 Stunden im Wald. Vor 14 Tagen hatten wir 2 M.-G. und 54 Gewehre gefunden und 2 Polster, die wurden gleich rum, hum.“

Und aus einem anderen Brief eines ober-schlesischen Orgeleschützen:

„Nun gibt es wieder ein frisch-fröhliches Jagen und dann fühle ich mich erst wieder in meinem Element.“

Die Orgelei in Oberschlesien wird geführt von klar bewußten, deutschen Generalfeldherren, die wissen, was sie tun, wenn sie sich eine Garde deutlicher Landknechte für den Bürgerkrieg einrüben. Und typische deutsche Generalfeldherren ist der Mobilmachungsplan für die ober-schlesischen Fronttruppen der Orgelei. Gutunterrichtete Oberschlesier berichten uns darüber:

„Im Falle eines Ausbruchs in Oberschlesien ziehen sich die Selbstschutzleute auf eine bestimmte Linie zurück. Alarm geben für die einzelnen Abteilungen drei rote Leuchtsignale. Nach Abschließen derselben muß jedes Bataillon einen Kurier nach L. senden, um weitere Befehle abzuholen. Jeder Abteil hat seine besondere Befehlshaber. Die alarmierten Abteilungen rücken dann nach den bedrohten Orten ab. Hierher ziehen Lakatos mit Anhängern zur Verfügung. Die weiter hinten liegenden Abteilungen rücken sofort nach dem Befehlshaber vor, so daß man innerhalb 2 Stunden den betreffenden Abschnitt zusammen hat, während innerhalb 6 Stunden die Abteilungen aus dem vorne liegenden Kreise schon an der Front stehen können. Zu diesem Zweck haben auch mehrere Lakatos zur Verfügung. Also vollständige Mobilmachungspläne sind angefertigt.“

Diese Vorbereitungen zeigen deutlich, wie die Orgelei — während der „Abwärtzeit“ und „Auflösung“ gearbeitet hat. Weiterhin sieht sie alarmbereit. Die von Herrn Dominici „angelegten“ Bänder wollen von neuem versuchen, einen „frisch-fröhlichen“ Krieg in Oberschlesien zu entfesseln.

Die Untersuchung der Oppauer Explosionskatastrophe.

Am Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. Oktober, tagte im Rathaus zu Ludwigshafen a. Rh. der „Parlamentarische Ausschuss des Reichstags zur Untersuchung der Oppauer Katastrophe“. Am selben Tage trat im gleichen Rathaus der Bayerische Untersuchungsausschuss zusammen. Dies war jedoch kein parlamentarischer, sondern die bayerische Regierung beauftragte den Regierungspräsidenten in Speyer, einen Ausschuss nach seinem Gutdünken zu bilden. Dieser Ausschuss war zusammengesetzt aus Vertretern der Gewerbe- und Industrieaufsichtsbeamten, die, wie sich im Laufe der Verhandlungen zeigte, warme Fürsprecher des Ammoniumsalzes und der Fabrikleitung waren, einem Vertreter der freien, einem der christlichen Gewerkschaften und der Angestellten. Außerdem hatte die Ammoniumfabrik einen Untersuchungsausschuss, bestehend aus Arbeitern und Angestellten des Betriebes, eingesetzt. Der bayerische Ausschuss hatte den Arbeiteruntersuchungsausschuss zu seiner Verhandlung nur mit beratender Stimme zugezogen, da er bei der Untersuchung „Partei“ sei. Der parlamentarische Reichsausschuss beschloß, die drei Ausschüsse bei der ganzen Untersuchung zu einem zu vereinen, die nun bei der Urteilsfällung selbständig ihr Urteil suchen müssen.

Als Grundlage zur Verhandlung lag nur eine einzige Reichstags-Drucksache vor, nämlich der Antrag des Abgeordneten Hermann Kemmle (Kommunist) der 29 Fragen in vier Gruppen gegliedert stellte, die den Zweck hatten, den Ursachen der Katastrophe näherzukommen, die Schuldigen herauszufinden, und die Entschuldigungsfrage der Opfer und Hinterbliebenen zu lösen. Auf Antrag des Abgeordneten Hoffmann (Soz.) wurde der Antrag Kemmle als Grundlage der Verhandlungen genommen.

Die Anklageschrift des Arbeiterrats.

Der Untersuchungsausschuss des Betriebsrates unterbreitete dem Gesamtausschuss seine gleich nach der Katastrophe begonnene Untersuchung, die er auch bereits dem Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankenthal unterbreitet hat, die gegen eine Anzahl Fabrikbeamte Anklage auf fahrlässige Tötung erhob. Das Ergebnis der Untersuchung des Arbeiterrates lautet:

L u d w i g s h a f e n a. Rh., den 4. Oktober 1921.

An den
Herrn Untersuchungsrichter Schäfer,
Frankenthal.

Wir übersenden Ihnen hiermit unsere Erhebungen in Sachen Katastrophe Oppau.

Die Nachschichtarbeiter von Bau 110, Wolf, Joseph, Ludwigshafen, Wisnardsstraße 25, ferner Küfer und Lang, alle drei bei der Firma Kraß beschäftigt, sagen folgendes aus: (Gemeint sind die Nachschichtarbeiter in Bau 110, die am Unglückstag, früh 6 Uhr, den Betrieb verlassen. D. B.)

Dieselben beobachteten in der Nacht vom 20. auf 21. September im Silo 110 nebelartige Dämpfe, unter deren Einfluß sie körperlich schlaff schliefen und unwohl wurden. Wolf, der am tiefsten stand, empfand das am stärksten, so daß er ein Zittern bekam und nach Hause gehen wollte, hat aber trotzdem auf Anraten des Aufsehers Steiger „die Schicht ausgehalten“. Alle Nachschichtarbeiter fühlten mehr oder weniger das Unwohlsein, so daß sie auf Anraten des öfteren an die frische Luft gingen. Dieselbe Wahrnehmung hat auch der Aufseher Steiger wohnhaft hier, Gräfenstraße 48, gemacht. Sämtliche Nachschichtarbeiter erklären, daß in der Nacht bis 6 Uhr früh nicht geböhrt wurde.

Die Arbeiter von Bau 111 sagen alle übereinstimmend aus: Vor Mai 1921 wurde die fertige Produktion (Ammoniumsalzfahrbahn, D. B.) von Bau 111 auf Transportbändern und Schnecken in Silo 110 befördert, so daß dieselbe abgekühlt dort ankam. Von Mai ab trat für die Beförderungsweise das sogenannte Spritzverfahren ein, welches bedingte, daß die Produktion in einer Temperatur von 40 bis 65 Grad im Silo ankam, weshalb im Silo große Hitze herrschte.

Die Arbeiter Benz und Neumann stellen fest, daß drei Tage lang ein neuer Versuch ausprobiert wurde, bei dem nicht wie bisher im Apparat gemischt wurde, sondern Ammonitrat und Ammoniumsulfat auf dem Laufband verteilt wurde. Die Betriebsleitung gibt das zu, will jedoch die Mischung durch Umbaggern im Silo vorgenommen haben.

Neumann gibt dann noch besonders an, daß die Ausflußrohre der Mischapparate sich zuverfestigten, so daß sie mit glühenden Eisenstangen geöffnet werden mußten. Ein Zischen wie bei Pulver wurde von den ausführenden Arbeitern wahrgenommen.

Durch das Spritzverfahren entstand eine große Verstaubung, so daß das Innere des Silos wie eine Winter-

landschaft aussah. Das dieser Staub explosiv ist, beweist ein Fall, wo ein Arbeiter einen noch brennenden Zigarettenstummel im Silo in diesen Staub warf, worauf sofort eine große Flamme in die Höhe stieg, welche keine Mitarbeiter schnell erstickten. Durch die Verstaubung entstand ein Schwund, so daß die Betriebsleitung alle Fenster schließen ließ, weshalb die Hitze noch größer wurde.

Der leitende Sprengschiller Genter und sein Gehilfe Ammoniumsulfatpeter ein verschiedenes Aussehen hatte, sie vorher Probeprengungen vornahmen. Ob der Sprengmeister Humbe, der die Unglücksprengung vornahm, das selbe getan hat, bezweifeln wir, jedenfalls hat das noch niemand beobachtet. Ferner haben die beiden zuerst Genannten immer mit der Gefahr der Explosion gerechnet. Nach Angabe Genter's Wane Humbe bei der Sprengung am Morgen des 21. September 16 Schuß verbraucht haben. Nach den Aussagen des von Oberaufseher Knant und Frau Humbe muß aber eine größere Sprengung vorgenommen worden sein. Humbe habe seiner Frau gegenüber erklärt, ich habe größere Sprengungen vor. Auch das Verlangen des Humbe an Genter der Sprengung beizuwohnen und dieselbe photographisch aufzunehmen, ferner das Wählen des Humbe am Tage zuvor dem Sprengschiller Wagner gegenüber: „Ich habe mit drei Schuß mehr Wirkung wie Sie mit 25 bis 30 Schuß!“ erweist in uns den Verdacht, daß Humbe nicht mit Sicherheitsprengstoff gearbeitet hat. Nachdem die Firma Kraß die Entleerung des Silos 110 in Nord übernommen hatte, haben wir den Verdacht, daß Humbe übernehme Ertragszahlungen für große Sprengungen erhielt, um die Arbeit zu steigern! Wir bitten die Lohnbücher unseres Werkes, sowie die der Firma Kraß kontrollieren zu wollen, um festzustellen, ob Humbe besondere Bezüge erhalten hat.

Am Tage der Katastrophe kam das 12 Jahre alte Töchterchen des Humbe zu Frau Ungerer, wohnhaft Fabrikstraße 19, und äußerte im Beisein der Frau Trunt: „Wenn es meinem Vater geklärt wäre, so hätte er viel Geld erhalten und meine Mutter hätte ein neues Kleid bekommen!“ Diese Aussagen bestärken uns in der Auffassung, daß Humbe durch Aufmunterungsgeld, Prämien und dergleichen, zu erhöhter Sprengleistung gereizt wurde!

Es ist nachzuprüfen an Hand der Analysen und Bücher, wie der Mischungsprozess vor sich ging. Besonders ist zu prüfen, ob der Mischungsprozess auf dem Transportband ein einwandfreies sein kann. Wir verweisen auf den Zeugen Aufseher König in Bau 111. Außerdem nennen wir noch folgende Zeugen. (Folgen sechs Zeugen.)

Die Auffassung der Untersuchungskommission des Arbeiterrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist folgende:

Die Betriebsleitung der Anilinfabrik hat im letzten Jahre mit allen möglichen Mitteln versucht, die Produktion unter allen Umständen auf eine ganz enorme Höhe zu steigern. Dazu diente vor allem das Prämiensystem, das auch im Produktionsbau 111 angewendet wurde. Dieses System ist so beschaffen, daß die Bezahlung nach Tonnenzahlsteigerung vor sich geht. Es ist ganz natürlich, daß nach solcher Arbeitsmethode die nötige Vor- und Umsicht beim Mischungsprozess nicht eingehalten wird, wie bei normalem Stundenlohn. Es ist leider Tatsache, daß, wo ein Anreiz zum Mehrverdienen gegeben ist, alle Gefahren auf Leben und Gesundheit vergessen werden.

Auch glauben wir, daß das neue Spritzverfahren zu dem Unglück beitrug, indem die Produktion in heißem Zustande im Silo ankam, dazu die Pulverisierung des Produktes, die die Explosionsgefahr wesentlich erhöht haben muß.

Zum Schluß machen wir Sie noch auf folgende umlaufende Gerüchte aufmerksam:

1. Ein Chemiker von unserem Werk soll seiner Braut am Tage vor der Explosion gesagt haben: „Ich gehe morgen nicht ins Geschäft, es wird ein Versuch gemacht, der kann sehr schlimm ausgehen!“

2. Ein Arbeiter Koller, Bau 62, will von einem Chauffeur gehört haben, daß am Tage der Explosion zwei Professoren von Heidelberg in einem Auto von Ludwigshafen nach Heidelberg ein Gespräch führten, wonach ein Doktor der Chemie zu ihnen gesagt haben soll: „Es wird in Oppau ein Versuch ausgeführt, wenn der geklärt, so ist das ein großer wirtschaftlicher Fortschritt, wenn nicht, dann kann es ein Unglück werden!“

3. Ein Arbeiter Kaiser von Raubach sollte am Tage der Explosion früher zur Arbeit, zwecks eines Versuches, antreten. Der Versuch sollte, bis die Herren vom Büro (8 Uhr) kommen, fertig sein.

Die Untersuchungskommission des Arbeiterrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik.
(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches. Praxis der Arbeitsgemeinschaften.

Dem deutschen Arbeiter und Angestellten geht es gut — sehr gut. Arbeitslosigkeit, Unterernährung, Kinderstuben, schlechte Löhne, hohe Preise? Alles Unsinn. So etwas behaupten nur ehemalige Selbe und Blane und junge, ahnungslose Leute. Man lese:

Dieser jahrzehntelange (gewerkschaftliche) Kampf, der uns beinahe täglich große Mühen und Opfer gekostet hat, ist siegreich verlaufen. Die frühere intensive Arbeitsweise ist wesentlich gemildert worden, und die frühere Schufterlei gebietet der Bergangeheit an, die erbärmliche Stundenlöhne bestehen nicht mehr, und es wird heutzutage ein Lohn bezahlt, den unsere Vorfahren auch in ihren kühnen Träumen nicht für möglich gehalten hätten. Daß diese hohen Löhne durch die hohen Lebensmittelpreise wieder aufgefressen werden, ist natürlich ein Unglück für die Arbeiter, immerhin aber läßt sich nicht bestreiten, daß die Gewerkschaften das Unternehmertum gezwungen haben tiefer in den Beutel zu greifen und ihren Arbeitern ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Diese gewerkschaftlichen Erfolge sind so großartig, daß nur jene Leute sie gering schätzen, die von den schweren Kämpfen der Bergangeheit keine Ahnung haben, weil sie noch zu jung sind oder weil sie damals in den Reihen der Selben und Blauen ein Schwarzherleben führten.

Liebe muß durch Gegenliebe belohnt werden. Auf gute Leistungen entsprechende Gegenleistungen. Nur sündige Menschen können etwas dagegen haben. Also:

Die unbefristete Tatsache, daß die Unternehmer gezwungen worden sind, ihre Leistungen an die Arbeiterkraft zu erhöhen, bringt die unabwendbare Notwendigkeit mit sich, daß auch die Gegenleistungen der Arbeiter entsprechend erhöht werden müssen. Diese Gegenleistung soll natürlich nicht darin bestehen, daß die Arbeiter wild drauflos schustern und an ihrer Arbeitskraft Raubbau treiben, sie soll sich vielmehr in einer treueren Pflichterfüllung äußern. Sie soll darin bestehen, daß wir mit peinlicher Gewissenhaftigkeit, mit innerer Anteilnahme und Sefect von einem hohen Verantwortlichkeitsgefühl unsere Arbeit im Dienste und zum Wohl der Allgemeinheit verrichten. Diese Forderung einer pflichtgemäßen Arbeitsleistung läßt sich rechtfertigen durch die Gebote der Gerechtigkeit und der Ethik, sie liegt auch im Interesse unseres gesamten Wirtschaftslebens. Zweifellos empört sich das Gerechtigkeitsgefühl eines jeden anständigen Arbeiters darüber, wenn er sehen muß, wie Menschen, die unter guten, geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, ihre Zeit mit Faulenzen verschwenden, wie sie mit dem Material unsparsam umgehen, wie sie Maschinen und Werkzeuge schlecht behandeln, wie sie in jeder Beziehung ihre Pflicht vernachlässigen. Eine solche Handlungsweise ist nicht nur eine grobe Pflichtverletzung, sie ist auch ein Verbrechen gegen unser Wirtschaftsleben, das mit Naturnotwendigkeit zugrunde gehen muß, wenn sich Leistung und Gegenseitigkeit nicht ausgleichen, wenn anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht durch anständige Arbeitsleistungen ausgeglichen werden.

Wer uns eine andere Lehre predigt, wer uns sagt, daß wir ohne Pflichterfüllung unsere Lebenslage verbessern könnten, der versteht nichts von den Gesetzen des wirtschaftlichen Lebens und von den Geboten sozialer Gerechtigkeit und Ethik.

Wir glauben uns jedes Wort der Kritik an diesem sentimentalischen Geschwafel ersparen zu können. Die Unternehmer werden alle in ihre helle Freude daran haben. — Unsere Zitate kommen nun nicht etwa aus einem Courth's-Mahler- oder Markitt-Roman, auch nicht aus der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, sondern aus einem namhaften Organ der — freien Gewerkschaften und zwar aus dem „Courier“, Organ des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Nr. 40, vom 1. Oktober 1921.

Wie lange wollen sich wohl noch die Gewerkschaftsmitglieder eine derartige gewerkschaftliche Schuldliteratur bieten lassen? Wir empfehlen ihnen aber, bei der Abrechnung mit den Leuten, die solches Zeug sozialistischer Arbeiter vorzusetzen wagen, immerhin milberne Umstände wachen zu lassen, denn — sie führen nur den Beschluß von Görlich aus.

Die gesamte Porzellanindustrie Thüringens im Streik.

Die Thüringer Porzellanarbeiter wurden bisher auf schändlichste ausgebeutet. Stundenlöhne bis zu 3,80 M. waren an der Tagesordnung, währenddem die Dividenden der Aktionäre ins Uferlose stiegen. Gegen alle Lohnforderungen der Arbeiterschaft, die durch die steigende Teuerung begründet waren, verhielten sich die Porzellanindustriellen bisher schroff ablehnend. Anfang September reichten die Porzellanarbeiter Forderungen ein und verlangten 60 bis 100 Prozent Lohn-erhöhung. Bei den Verhandlungen, die in Eisenach und Berlin stattfanden, wurde jedoch den Arbeitern nur eine Lohnzulage von 15 bis 20 Prozent zugesprochen. In einer großen Versammlung der Porzellanarbeiter am 30. September in Kahla wurde einstimmig diese Vereinbarung abgelehnt und beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Dieser Beschluß wirkte wie ein Signal. Betrieb und Betrieb, bis zum letzten Ort des Thüringer Waldes, erklärte sich mit den kämpfenden Berufsgenossen solidarisch und legte ebenfalls die Arbeit nieder. Von Tag zu Tag nimmt die Bewegung zu. Bis zur Stunde streiken die Arbeiter in Kahla, Böhndorf, Rudolfsdorf, Schaala, Volkstedt, Giesau, Taubenschlag, Reichmannsdorf, Ballendorf, Unterweißbach, Ebersdorf, Gräfental, Großtreibenbach, Scheibe, Burgau, Dombach, Triptitz, Hermsdorf, Auma, Koba, König und Eisenberg.

Die Unternehmer versuchten die Arbeiter damit einzuschüchtern, daß sie in allen bürgerlichen Zeitungen Aufrufe folgender Art erließen:

„Die bei den unterzeichneten Porzellanfabriken zurzeit streikenden Arbeiter werden hierdurch aufgefordert, binnen 24 Stunden, spätestens bis Freitag, den 7. d. Mts., früh 7 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls wollen sie sich als auf Grund des § 123 Z. 3. der Gewerbeordnung wegen Arbeitsverweigerung strafflos entlassen ansehen.“

Doch diese brutalen, angelegentlich der Kampfschloffenheit der Arbeiter nur lächerlich wirkenden Drohungen sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die Arbeiter stehen nach wie vor geschlossen und einzig im Streik. Vom Hauptverband des Porzellanarbeiterverbandes wird der Kampf unterstützt, doch versuchen schon einige lokale Gewerkschaftsbüros abzubremfen. Die Arbeiter selber werden aber diesen Leuten das Handwerk legen. Der Streik in der Porzellanindustrie hat Bedeutung weit über die Grenzen Thüringens hinaus. Einbrüchlich führt er den SPD-Arbeitern vor Augen, daß kein Götlicher Beschluß, kein Bürgerkrieg mit der Sozialdemokratie und keine sozialistische Parlamentariermehrheit über reinsozialistische Regierung die Unternehmer davon abhalten kann, die SPD-Arbeiter genau so wie die Kommunisten auf die Knie zu zwingen zu wollen. Nur im schärfsten unerbittlichen Kampf gegen das Kapital können die Arbeiter ihre Interessen wahrnehmen. Der Porzellanarbeiter ist nur ein Vorposten großer kommender Kämpfe. Um diese zu bestehen, muß das Proletariat die Einheitsfront aller Völker geschlossen.

In einem Mostauer Spital.

(Schluß.)

Aus dem Operationszimmer kommt langsam, auf zwei Krücken gestützt, eine schöne, junge Frau mit kurzgeschorenem Haar. Sie ist politische Kommissarin in der Roten Armee gewesen und wurde an der Front am Fuß verwundet.

„Wann kann ich wieder an die Front zurück?“ fragt sie den Arzt.

„Sie haben es scheinbar wieder so eilig wie nach den ersten beiden Verwundungen, an Ihre geliebte Front zu kommen,“ sagt er.

„Aber natürlich,“ antwortet die Kommunistin. „Bin ich in zwei Wochen wiederhergestellt?“

„Wir wollen es versuchen,“ sagt der Arzt und geht weiter. Es wird Abend. Eine Pflegerin geht durch den Saal und sagt halblaut: „Oben ist Konzert, wer die Erlaubnis hat, kann hingehen.“

Fast jede Woche findet im Spital ein Konzert oder eine Kinovorführung statt. Die Kranken, die das Bett verlassen dürfen, gehen dann in ihren langen Krankentücheln geküßt, nach oben in den großen Saal des Krankenhauses. Die Wände des Saales sind mit den Fechten revolutionärer Lieder und Sprüchen aus der Revolutionszeit bemalt.

„Wir kämpfen, um lernen zu können, und lernen, um kämpfen zu können.“

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

„Die Fahne der Dritten Internationale ist die einzige, unter welcher es sich lohnt, zu kämpfen und zu sterben.“ lauten die Sprüche.

Die Kranken sitzen in langen Reihen, Frauen und Männer nebeneinander, da. Die Männer sind meistens verwundet oder fränk Rotarmisten. Das Konzert beginnt. Gesang, Tanz und Rezitation folgen aufeinander. Die Künstler kommen aber wieder von Drama, Oper oder Ballett, sondern aus dem Krankenhaus und den benachbarten Heilanstalten selber. Aus dem zahlreichen Personal des Krankenhauses werden diejenigen gewählt, die künstlerische Begabung haben. Sie schließen sich zu einem Künstlerverein zusammen und bereiten die Vorstellungen vor. Eine schwarzjüngliche junge Frau mit dichtem schwarzen Haar, in bunter Zigarettentracht, betritt die Bühne und macht eine tiefe Verbeugung. Sie singt mit viel Temperament ein bekanntes Liebeslied.

An Stelle der leidenschaftlichen Leidenschaft jubelt sie die Ferne der russischen Steppen, die breiten ruhigen Flüsse, die-

besglückt und Liebesleid hervor und morgen früh wird sie wieder, in ihrem abgetragenen Pflegerinnenittel, schmutzige Eimer aus dem Operationszimmer heraustragen und den Kranken Nachtschicht reichen. Heute Abend aber ist sie die gezeierte Künstlerin, heute Abend genießt auch sie und läßt andere die Schönheit des Lebens genießen.

Einer der besten Chirurgen Mostaus, Professor Herzen, der im Krankenhaus tätig ist, der Entel des berühmten russischen Schriftstellers und Publizisten Alexander Herzen, läuft zusammen mit den anderen den Liebern der Pflegerin. Der Chefarzt ist auch da. Er ist Kommunist und der beste Freund des ganzen Personals.

Vor der Revolution war das Personal der Krankenhäuser rechtlos und rüchlos. Eine Pflegerin, ein Sanitäter zählten überhaupt nicht. Die Revolution hat ihr Antlitz auch ihnen zugewandt. An Stelle des Vereins der Ärzte ist eine Gewerkschaft getreten, die das gesamte medizinische Personal von Pflegerin bis zu den Professoren umfaßt. Eine intensive Bildungsarbeit hat in den Krankenhäusern begonnen. Die Kommunistische Partei und das Bildungs-Kommissariat sind unmittelbar am Werk, das Krankenpersonal seinen wichtigsten Aufgaben würdig zu machen.

Das Konzert ist zu Ende. Langsam wandern die Kranken ihren Lagern zu. Und als sie sich in ihren Betten langgestreckt haben, erzählen sie leise ihren Nachbarn von den Eindrücken des Abends.

Aber auch denen, die ihr Bett nicht verlassen können, wird etwas geboten. Zwei- bis dreimal wöchentlich kommen gegen Abend Referenten in die Krankensäle. Sie halten Vorlesungen mit Lichtbildern.

Einmal werden das Leben und die Werte eines großen Schriftstellers oder Kämpfers besprochen, ein anderes Mal spricht man über Tuberkulose und ihre Bekämpfung, dann wieder wandeln die Kranken durch fremde Länder und sehen sich das Land, das Schaffen, die Sitten anderer Völker an.

Der mühselige Krankentag ist zu Ende, die Fenster sind mit bunten Gardinen bedeckt, auf der weißen Wand steht ein leuchtendes Bild. Die grandiosen Dämme von Holland, die das fruchtbare Land vor den Meeresfluten schützen.

„Viel Arbeit, Geduld und Opfer hat den Holländern der Kampf mit dem Meer gekostet,“ erzählt die Referentin, Generalin haben daran gearbeitet, aber sie haben's geschafft.

„Berühmtheit hören die Trügerinnen der proletarischen Revolution diesen Worten zu.“

„Die wir, ganz wie wir, nur gegen ein anderes Meer,“

Breslauer Nachrichten.

Zwei „Hochverratler“ entlassen.

Am Dienstag wurden die Genossen Frisch und Reumann, die auf Grund von kognitiven Beschuldigungen des Verbrechens Loh, weiland Kriminalkommissar in Breslau, verhaftet wurden, nach fünfmonatlicher Haft entlassen.

Wir sind nicht zufrieden damit, daß diese beiden Genossen, nachdem alle Anschuldigungen zerfallen sind, freigelassen wurden.

Wir verlangen die Bestrafung, die Unschädlichmachung des „pathologischen Verbrechens“ Loh, wir verlangen die Freilassung aller unserer Genossen, die noch immer im Gefängnis schmachten.

Der Alkoholgegnertag und die Arbeiter.

In Breslau tagt der deutsche Alkoholgegnertag. Vertreter der Schulen, der Universitäten, der evangelischen und katholischen Kirche usw. halten Vorträge über die Wirkung des Alkohols auf die verschiedensten Reaktionen des Lebens. Die Bestrebungen aller auf dem Alkoholgegnertag vertretenen Verbände gehen dahin, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung den Alkoholisierung und seine Auswüchse zu bekämpfen.

Der Alkoholverbrauch wird mit Recht als ein schwerer Krebsgeschwür am Volke bezeichnet. Man will durch Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften, durch Aufklärung der Lehrer, der Eltern und der Schüler, die Schäden des Alkoholverbrauchs in breitere Kreise tragen. Vor allem haben sich die verschiedensten Wohltätigkeitsvereine zur Aufgabe gemacht, die dem Alkohol Verfallenen zu retten. Die Bestrebungen tragen also vorbeugenden und heilenden Charakter. Diese Bestrebungen könnten von der Arbeiterklasse, wenn sie nicht immer wieder auf die Zweideutigkeiten aller bürgerlichen Bestrebungen, die Volksgesundheit und das Leben des arbeitenden Volkes zu bessern, hingewiesen würde.

Die aufgeklärte Arbeiterklasse weiß, daß gerade der Alkoholismus dem Freiheitskampf des Proletariats hindernd im Wege steht. Die revolutionäre Arbeiterklasse wird einsehen, wenn sie es noch nicht getan hat, daß mit dem Augenblick der Machtergreifung eine der ersten Handlungen ein völliges Alkoholverbot sein wird. Es wird die Notwendigkeit einsehen, daß Getreide und Kartoffeln gebraucht werden zur Volksernährung, daß Nahrungsmittel zu schade sind, um Bier und Schnaps herzustellen, daß Obst und Beeren in viel größeren Mengen, besonders für die Kinder des arbeitenden Volkes, notwendig sind, um die ungeheuren Schäden der katastrophalen Miß- und Hungerwirtschaft auszugleichen.

Gerade das russische Proletariat hat bewiesen, daß in Ländern, in denen der Alkoholverbrauch ein riesengroßer war, in denen man glaubte, daß der Alkoholismus unausrottbar sei, durch tatkräftiges Eingreifen der Arbeiter, Großes geleistet werden kann. Die revolutionären Arbeiter werden sich nicht leiten lassen von verschrobenen Religionsfanatikern wie in Amerika, wo auf Schleichwegen eine finstere kapitalistische Clique den Alkoholverbrauch wieder einführt. Das Proletariat erkennt und wird erkennen, daß der Alkoholmißbrauch und der Alkoholverbrauch Begleiterscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft sind, die nur ausgerottet werden mit dem Sturz dieser Gesellschaft.

Der Breslauer Alkoholgegnertag hat nicht nur die Bier- und Spirituskapitalisten auf die Beine gebracht. Diese griffigen Scharfmacher, die den freizeidlichen Bestrebungen der Arbeiter genau so feindselig gegenüberstehen wie die Ausbeuter von anderen Branchen, haben es verstanden, ihren Arbeitern einen ganz besonderen Floß ins Ohr zu jagen. Die Alkoholkapitalisten gehen damit frechen, daß nicht nur ihre Existenz, sondern daß „ein ganzer blühender Industriezweig zerfallen wird“, wenn die Bestrebungen der Alkoholgegnertag zum Ziele führen.

Die Betriebsobstente der Breslauer Großbrauereien sind, obwohl sie sich dagegen verwahren, diesen Einflüsterungen ihrer Unternehmer zum Opfer gefallen. Zunächst haben sie noch nicht erkannt, daß der Kampf der Arbeiter gegen den Schaden des Alkoholmißbrauchs insbesondere im Kampf gegen ihre Befreiung nicht eine Einzelaktion gegen irgend einen Industriezweig sein kann. Auch die Arbeiter der Waffen- und Munitionsindustrie sind bedroht von der Zerstörung dieses blühenden Industriezweiges. Die Arbeiter müssen eben erkennen, daß ihr Kampf sich einstellen muß, daß die Betriebe, in denen heute Rassen zum Zerfören und Löschehen, und Alkoholgetränke, die die klare Erkenntnis des Proletariats trüben, umgestürzt werden zu lebensnotwendigen Betrieben. Wenn die Brauereiarbeiter von dieser Seite dieses Problem betrachten, daß der Kampf gegen Alkohol zusammengehen muß mit dem Kampf gegen die bürgerliche Wirtschaftsweise, dann werden sie nicht in Sorge sein um ihre Zukunft. Dann wird sich auch nicht ein Teil der

Brauereiarbeiter, wie dies in der Haase-Brauerei geschah, für 10 Mark kaufen lassen von ihrem Unternehmer, damit sie für diese 10 Mark die Verjüngung der Alkoholgegner, deren Wege vor allem nicht die unserer sind, fördern und sprengen.

Den Betriebsräten der Haase-Brauerei empfehlen wir, daß sie von ihren Kapitalisten einen auskömmlichen Lohn verlangen, damit die von ihnen vertretenen Arbeiter nicht für 10 Mark Unternehmerinteressen vertreten.

Au die organisierte Breslauer Arbeiterklasse.

Wir bringen hermit nochmals zur Kenntnis, daß die Firmen Gebr. Huber und Ferschle, Zementbau, vom Bauarbeiterverband gesperrt sind. Es werden für eine Stadt wie Breslau dort herausfordernd niedrige Löhne gezahlt. Es ist Pflicht eines jeden anständigen Arbeiters, diese Betriebe zu meiden und den für eine bessere Existenz ringenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen.

Es haben sich bis jetzt allerdings einige traurige Figuren, die sich Angestellte und Techniker nennen, gefunden, die in Strohstrahlen und Manschetten im Schweiß ihres Angesichts Bagons beladen und sonstige nicht viel Geist erfordernde Arbeiten verrichten. Diese Leute sind jedoch noch nicht so weit, um nachzudenken, wie es ihnen gefiele, wenn zur Eringung besserer Lohnbedingungen sie einmal in die Lage kämen, die Arbeit zu verweigern und andere ihre Arbeit machten.

APD., Ortsgruppe Breslau.

Dienstag, den 18. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr findet in den Sambrinusälen, Lange Gasse (Neße) eine wichtige

Mitglieder-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Referat des Genossen Melzer über das Programm in Görlitz.
2. Delegiertenwahl zum Bezirks-Parteitag.
3. Geschäftsbericht der Ortsleitung.
4. Die rote Woche.

Zu dieser Versammlung müssen alle Mitglieder mit ihren Frauen erscheinen.

Die Zehneregruppenführer haben extra einzuladen. Die Ortsleitung.

Zwei unserer Kollegen sind schon mit Strafmandaten bedacht worden, weil sie einen Kutscher auf den Streik aufmerksam machten. Es haben sich auch zur Bezeugung dieser weberschütternden Begebenheit neben dem Polizei-Untersuchungsmeister Voi noch gemeldet Herr Friedhofswalter Gölz aus Kofel 35 und Herr Kutscher Alois Bente von Sadowastraße 18. Sie alle wollen gesehen haben, wie die Streikposten einen Kutscher am Herinfahren in den Fabrihof von Gebr. Huber auf der Reudorfstraße verhinderten.

Wir segeln also wohlgenut zurück in die Zeit der Streikvergehen-Prozesse. Dem Herrn Polizeipräsidenten möchten wir jedoch sagen, daß wir da nicht mitmachen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Ortsverwaltung.

Die Breslauer häuslichen Arbeiter vor dem Schlichtungsausschuß.

Zu Gegenwart von Vertretern des Magistrats und der Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Rajchmisten und Heizer, der Retalarbeiter und der Transportarbeiter, beschloß der Schlichtungsausschuß nach vierstündiger Verhandlung am Montag abend, dem Magistrat mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab die Gewährung einer einmaligen, fortlaufenden, außerordentlichen Ausgleichszulage in folgendem Umfange zu empfehlen:

- von 50 Pfg. für die Stunde für alle Handwerker von 21 Jahren und darüber;
- von 25 Pfg. für die Stunde für alle Handwerker von 17 bis 21 Jahren;
- von 40 Pfg. für die Stunde für alle übrigen Arbeiter über 21 Jahren;
- von 20 Pfg. für die Stunde für alle Arbeiter von 15 bis zu 20 Jahren;
- von 25 Pfg. für die Stunde für Frauen.

Ueber die Anrechnung der Lohnerhöhung auf die Höhe für Kost und Wohnung empfiehlt der Schlichtungsausschuß den Parteien, besondere Verhandlungen zu pflegen. Ferner empfiehlt der Schlichtungsausschuß dem Magistrat, von einer Änderung der Bestimmungen über

Urlaub und Krankenlohn zurzeit abzusehen. Den Arbeitnehmern wird aufgegeben, sich wegen dieser Forderung mit ihren Auftraggebern ins Benehmen zu setzen.

Das Cos der Dienstmädchen.

Eine ganz besonders feingebildete „Herrschaft“ ist die Familie des Mantelfabrikanten Abratis in Leerheutel, Morgenzelle 20. Diese noble Gesellschaft bewohnt eine Villa und beschäftigt seit 8. Juli d. J. ein Dienstmädchen. Bei einer Unterhaltung, in der sich die „Herrschaft“ in fleghaftester Weise über die „begehrlichen Profetarier“ äußerte, wogte das Dienstmädchen zu widersprechen. Von diesem Tage an wurde ihr das Leben zur Hölle gemacht, so daß das Mädchen kündigte. Am 7. Oktober sollte das Mädchen nachmittags um 4 Uhr noch sämtliche Teppiche klopfen, obwohl es noch nicht zu Mittag gegessen hatte. Als sie darauf hinwies, wurde sie von ihrem „Herrn“, dem Mantelfabrikanten Abratis, am Hals gewürgt und in brutaler Weise mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so daß wir drei Tage danach das blutunterlaufene Auge besetzen konnten. Die „gnädige Frau“ fiel über das zusammengebrochene Mädchen her, schlug sie und riß ihr die Bluse entzwei.

Der feine Herr Mantelfabrikant, der sich nachher, gewiß im Bewußtsein, eine Lat vollbracht zu haben, an den gut gebekten Tisch setzte, warf das Dienstmädchen, ohne ihr den Monatslohn und die Papiere zu geben, auf die Straße.

Es ist fürwahr ein Skandal, was sich diese bourgeoise Gesellschaft erlaubt gegenüber von Proletariatsmädchen. Die sind wohl gut genug, den Dreck der faulen Vagabunden wegzuräumen. Im übrigen haben sie zu kuscheln. Es ist an der Zeit, daß auch die Aschenbrödel der „feinen, besseren Gesellschaft“ ihre unwürdige Stellung einsehen und ihnen, wann es nicht besser wird, den Dreck vor die Füße schmeißen, damit sie drin ersticken.

Aus der Provinz.

Solidaritätsbezeugung der Papiermacher.

Am 29. September machte die Direktion der Papierfabrik Högner und Methner, Ziegenhals durch Anschlag bekannt, daß Sonntag, den 2. Oktober der Betrieb durchgeht. Da diese Bekanntmachung ohne Wissen des Betriebsrates erfolgt war und außerdem diese Sonntagsarbeit als Streikbrecherarbeit von unseren Genossen bezeichnet wurde (bekanntlich streiken sämtliche Papiermacher im Bezirk Sachsen), machten unsere Genossen in einer Gewerkschaftsversammlung den Vorschlag, durch Sammlung von Unterschriften die Sonntagsarbeit zu verweigern. Dies wurde auch angenommen und korrekt durchgeführt. Bezeichnet dabei muß folgendes werden: Bei der Sammlung der Unterschriften waren es gerade wieder die „christlichen“ Vertrauensmänner, die den „Feiertag nicht heiligen“ wollten.

Holzarbeiterstreik in Ziegenhals.

In Ziegenhals streiken die Holzarbeiter seit Mittwoch, den 5. Oktober, wegen Lohnforderung. Da die letzte Lohnerhöhung schon längst durch die Teuerung überholt ist, forderte man eine neue Zulage von 15 Prozent. Sämtliche Betriebe legten, da die Arbeitgeber einen ablehnenden Standpunkt einnahmen, Mittwoch früh um 11 Uhr die Arbeit nieder; außer der Rahmenfabrik Vietich. Am Sonnabend stellten die Arbeitgeber den Streikenden anheim, bis Montag früh 7 Uhr die Arbeit aufzunehmen, widrigenfalls sämtliche Arbeitnehmer, auch die nicht Streikenden, als entlassen zu betrachten sind. Einigen Firmen, welche schon die Forderung bewilligt hatten, wurde die Maschinenarbeit von den anderen Arbeitgebern gesperrt. Momentan sind sämtliche Holzarbeiter im Ausstand.

Versammlungskalender.

APD.-Breslau, Distrikt 10, Freitag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr Distriktversammlung, zu der jedes Mitglied erscheinen muß.

Achtung! Ortsgruppe Ken-Salzbrunn. Sonntag, den 16. Oktober 1921, vorm. 9 Uhr in Finsterbrunn Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Parteitages der APD. 2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. 3. Rußland-Hilfe. 4. Organisatorisches und Verschiedenes. Genossen, da die Versammlung sehr wichtig ist, erwartet der Vorstand vollzähliges Erscheinen.

Nieder-Hermisdorf. Sonntag, den 16. Oktober Bannerweihe der Ortsgruppe Nieder-Hermisdorf. Diejenigen Ortsgruppen, welche bereits Einladungen erhalten haben, werden ersucht, sich pünktlich halb 2 Uhr am Flora-Bassin einzufinden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshof-Druckerei, G. m. b. H. Berlin SW 48. Tel. Südem 1956 und 1957.

Die am 20. Oktober in Kraft tretende Zollerhöhung beträgt für:

Rohkaffee	das Pfund	11,-
Rohkaffee	das Pfund	6,50
etc.	„	7,80
	„	11,-

Heutige Verkaufspreise

Rohkaffee	Mt. 22, 23,50, 26, 28	Margarine Ia	Mt. 14,00
Rohkaffee	24, 26, 28, 32	Ia in der Rindfleisch	18,50
Tea	26, 30, 32	Ia amerikanisches	
Reis	3,50, 3,80, 4,20, 5,20	Schweinefleisch	Mt. 18,50

HEINRICH GEWALTIG

Abrechtstr. 5. Neue Schwendenerstr. 13 (Ecke Gartenstr.) Seit. Geiß-Str. 2 und Sandstr. 21 (an der Markthalle 1). Klosterstr. 7 (in der Nähe des Chlodwigdenkmal)

Schauspielhaus.

Operettenbühne, Led-Ring 24/5

Freie und täglich 7 1/2 Uhr:

Der Operball.

Freitag 7 1/2 Uhr:

Das Hollandweibchen.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:

Die Frau im Hermelin.

Freitag 7 1/2 Uhr:

Für Nichten-Kranke!

Kochen, Ring- und Bart-

Rechte, nachverarbeitete Linsen köcheln sich unter Garantie mit meinem verbesserten Kochtopf in 3 bis 14 Tagen.

Mindestbestellung: Ein Kilo je 1/2 Pfund 25 Mark.

E. F. Müller, Köchler, Berlin, Große Kottbusstraße 23.

Spezialpreis: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Ueblich-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das große

Oktober-

Programm.

Anzeigen

haben in der

Schles. Arbeiterzeitung

den größten Erfolg.

Sch beselle hiermit Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Began der kommunistischen Partei Deutschlands.

(Section der kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 RM., wöchentlich 1.50 RM.

Name:

Beruf:

Ort:

Straße und Hausnummer: